

## Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**  
zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

**Betreff:** **Änderungsbescheid an die  
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Tübingen mbH**

**Bezug:** Vorlage 319/2013 Zuwendungsbescheid an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft  
Tübingen mbH

**Anlagen: 1** Änderungsbescheid \_WIT

---

## Beschlussantrag:

1. Der Zuwendungsbescheid vom 31.10.2013 (Vorlage 319/2013) wird aufgehoben.
2. Die Universitätsstadt Tübingen bewilligt Zuwendungen in Höhe von insgesamt 2.550.000 Euro (600.000 Euro für das Jahr 2015, für die Jahr 2016 bis 2018 jeweils 650.000 Euro) zum Ausgleich der Unterdeckung im Bereich Allgemeine Wirtschaftsförderung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Tübingen mbH (WIT).
3. Dem Änderungsbescheid über Ausgleichszahlungen an die WIT wird in der vorliegenden Form (Anlage 1) zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen	HHStelle	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018
Erlassener Zuwendungsbescheid:	Zuschuss an WIT	500.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €
Haushaltsansatz: Zuschuss an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft	1.7950.7150.000	600.000 €	650.000 €	650.000 €	650.000 €
Differenz: Haushaltsansatz/ Zuwendungsbescheid		+ 100.000 €	+ 150.000 €	+ 150.000 €	+ 150.000 €

## **Ziel:**

Die Ausgleichsleistungen zur Finanzierung des Bereichs Allgemeine Wirtschaftsförderung der WIT werden so ausgestaltet, dass sie mit dem EU-Beihilferecht vereinbar sind.

## **Begründung:**

### **1. Anlass / Problemstellung**

Die WIT hat ab 2015 erhöhte zuwendungsfähige Aufwendungen im Bereich allgemeine Wirtschaftsförderung. Diese Aufwendungen gehen über den bereits beschlossenen Zuwendungsbescheid (Vorlage 319/2013) hinaus. Um höhere Zuwendungen an die WIT mit dem EU-Beihilferecht gewähren zu können, ist ein Änderungsbescheid zu erlassen.

### **2. Sachstand**

Mit der Vorlage 319/2013 wurde einem Zuwendungsbescheid an die WIT vom Gemeinderat zugestimmt. Dieser wurde zum 31.10.2013 der WIT erlassen. Mit diesem Vorgehen wurde die Vereinbarkeit der Ausgleichsleistungen, welche die Universitätsstadt Tübingen zur Deckung des Fehlbedarfes im Bereich Allgemeine Wirtschaftsförderung leistet, mit dem EU-Beihilfenrecht sichergestellt.

Die im Zuwendungsbescheid jährlich bewilligten Zahlungen entsprachen den Jahresfehlbeträgen des Bereichs allgemeine Wirtschaftsförderung in den jeweiligen Wirtschaftsplänen bzw. der Finanzplanung der WIT. In diesem Zuwendungsbescheid wurden jährliche Zuwendungen in Höhe von 500.000 Euro bis zum Jahr 2018 bewilligt. Ab dem Jahr 2015 hat die WIT erhöhte zuwendungsfähige Aufwendungen.

Eine Steigerung der Zuwendung von 2014 nach 2015 ist notwendig, da die Stelle der Projektleitung für Stadtmarketing und Tourismus bei der WIT neu eingerichtet wurde. Diese Stelle bildet die Schnittstelle zwischen der Stadtverwaltung und den übrigen Akteuren im Bereich des Stadtmarketings in der Universitätsstadt Tübingen. In diesem Rahmen obliegt es dem/der Stelleninhaber/in, die praktische Umsetzung der im Jahr 2014 erarbeiteten Tourismuskonzeption strategisch zu planen und mit diesen Akteuren zu koordinieren. Personalkosten und Projektmittel für diese Aufgabe führen zu den ersten erhöhten Aufwendungen (ca. 100.000 Euro) in 2015 ff.

Zu Beginn des Jahres 2015 hat die WIT nach Beschluss des Aufsichtsrats die zum Jahresende 2015 auslaufenden Verträge zur Durchführung und Bewerbung von Veranstaltungen im Rahmen des City-Marketings (v.a. Chocolart, Umbrisch-Provenzalischer Markt, Frühlings- und Herbst-Regionalmarkt) der WIT mit der Tübingen erleben GmbH und dem Handel- und Gewerbeverein Tübingen e.V. um weitere drei Jahre bis einschließlich 2018 verlängert. Ein Inflationsausgleich sowie ein geringeres Eigen-Engagement des Handel- und Gewerbevereins führen zu einem höheren Beitrag der WIT zu diesen Veranstaltungen. Daraus ergibt sich für die Jahre 2016 bis 2018 der zweite höhere, gebundene Mittelbedarf (ca. 50.000 Euro).

Um die erhöhten Aufwendungen rechtssicher ausgleichen zu können, ist der beigefügte Än-

derungsbescheid zu erlassen.

3. Vorschlag der Verwaltung

Es wird vorgeschlagen, dem Änderungsbescheid zuzustimmen.

4. Lösungsvarianten

Die dem Zuwendungsbescheid gegenüber erhöhten Ausgleichszahlungen an die WIT werden ohne Änderungsbescheid vorgenommen. Der erlassene Zuwendungsbescheid aus dem Jahre 2013 bleibt bestehen. Dabei besteht das Risiko, dass die EU-Kommission bzw. Gericht dies nicht als gesetzeskonformes Vorgehen einschätzt und gegebenenfalls eine Rückabwicklung der gewährten Zuwendungen fordert. Eine hierdurch unter Umständen eintretende Insolvenz der WIT stellt hierbei keinen Hinderungsgrund für eine Rückforderung dar.

5. Finanzielle Auswirkung

Gegenüber dem bestehenden Zuwendungsbescheid erhöhen sich die Ausgaben bis 2018 um 550.000 Euro. Daraus ergeben sich keine direkten finanziellen Auswirkungen, da die WIT auch weiterhin die erforderlichen Ausgleichsleistungen für den jeweiligen Jahresfehlbetrag im Bereich Allgemeine Wirtschaftsförderung entsprechend der Regelung in § 18 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags erhält. Die im Änderungsbescheid bezifferten Beträge sind in gleicher Höhe in den Haushaltsplänen 2015 und 2016 eingeplant.

Sollten die Jahresfehlbeträge im Bereich Allgemeine Wirtschaftsförderung dagegen geringer ausfallen als sie im Vorfeld im Wirtschaftsplan veranschlagt, ist der Überschussbetrag des jährlichen Zuschusses an die Stadt zurück zu gewähren.

6. Anlagen

Anlage 1: Änderungsbescheid an die WIT